



# **N i e d e r s c h r i f t**

19. Wahlperiode

## **Finanzausschuss**

(34. Sitzung)

## **Wirtschaftsausschuss**

(20. Sitzung)

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

(18. Sitzung)

am Mittwoch, dem 24. Oktober 2018, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	stellv. Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Peter Lehnert (CDU)	i. V. v. Tobias Koch
Volker Nielsen (CDU)	
Anette Röttger (CDU)	i. V. v. Ole-Christopher Plambeck
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	i. V. v. Thomas Rother
Beate Raudies (SPD)	
Annabell Krämer (FDP)	
Jörg Nobis (AfD)	
Lars Harms (SSW)	

**Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Hartmut Hamerich (CDU)	
Andreas Hein (CDU)	
Klaus Jensen (CDU)	
Lukas Kilian (CDU)	
Thomas Hölck (SPD)	
Kerstin Metzner (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	
Kay Richert (FDP)	
Volker Schnurrbusch (AfD)	
Flemming Meyer (SSW)	

**Anwesende Abgeordnete des Umwelt- und Agrarausschusses**

Oliver Kumbartzky (FDP)	Vorsitzender
Hauke Göttsch (CDU)	
Klaus Jensen (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	
Anette Röttger (CDU)	
Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)	
Kerstin Metzner (SPD)	

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Volker Schnurrbusch (AfD)

Flemming Meyer (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Peer Knöfler (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennys Bornhöft (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)</b>	<b>5</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/950	
	<b>b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019</b>	<b>5</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/951	
<b>2.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>20</b>

Der stellvertretende Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Petersdotter, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/950](#)

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/951](#)

(überwiesen am 27. September 2018)

**Einzelplan 01, Kapitel 12 01 und 16 01**

**Landtag**

[Umdruck 19/1362](#)

Landtagsdirektor Dr. Schliesky führt in Einzelplan 01 ein (Anlage 1). - Nachfragen werden nicht gestellt.

**Einzelplan 02 und Kapitel 12 02**

**Landesrechnungshof**

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer führt in Einzelplan 02 ein (Anlage 2). - Nachfragen werden nicht gestellt.

**Einzelplan 06, Kapitel 12 06 und 16 06**

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus**

[Umdruck 19/1366](#)

Herr Dr. Rohlfs, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, führt in Einzelplan 06 ein (Anlage 3). Von Abg. Herdejürgen auf die Nachschiebeliste angesprochen, legt Staatssekretär

Dr. Rohlf's dar, dass in der nächsten Woche das Gespräch mit Frau Heinold dazu stattfinden werde und man diese abwarten wolle, bevor man an die Öffentlichkeit gehe.

Abg. Kilian interessiert sich für den Abfluss der EFRE-Mittel, bei denen es in der Vergangenheit schon mal zu Problemen gekommen sei. - Staatssekretär Rohlf's legt dar, dass man bis Sommer letzten Jahres eine Belegung der EFRE-Mittel von 23 % gehabt habe, das bis 2020 laufe. Ursache dafür sei das relativ späte Vorliegen von Richtlinien sowie ein hohes Maß an Bürokratie gewesen, dem man nun vonseiten des Ministeriums begegnet sei. Man habe die Verfahren verschlankt. Ein weiteres wichtiges Standbein zur Verbesserung des Mittelabflusses sei ein Antrag bei der Europäischen Kommission auf Umschichtung der Mittel innerhalb der einzelnen Prioritätsachsen, da der Mittelabfluss in den einzelnen Prioritätsachsen sehr unterschiedlich gelaufen sei. Man befinde sich derzeit in konstruktiven Gesprächen mit der Kommission, zumal es jetzt auch darum gehe, die Leistungsreserve für das Land Schleswig-Holstein zu retten. Die Mittel stünden nur dann für das Land zur Verfügung, wenn bestimmte Etappenziele erreicht würden, wovon man bisher weit entfernt gewesen sei. Die Hoffnung sei, durch eine Umschichtung einen Großteil der Mittel für das Land zu erhalten.

### **Kapitel 06 01 - Allgemeines**

Abg. Andresen interessiert sich für Kosten für Sachverständige und Gutachten (Umdruck 19/1366, S. 5). Er bittet Staatssekretär Dr. Rohlf's um Anmerkungen zu dem Hafenkonzept, zu dem es auch kommunale Diskussionen gebe. - Staatssekretär Dr. Rohlf's erläutert, dass es bereits unter Einbindung vieler Beteiligter einen Auftaktworkshop gegeben habe. Es gehe darum, auch Hafenlogistik insgesamt mit den entsprechenden Hinterlandanbindungen zu denken. Da das Gutachten noch nicht vorliege, sei es nicht möglich, Aussagen zu einzelnen Standorten vorwegzunehmen. Besondere Bedürfnisse würden auch durch die breite Beteiligung vor Ort in den Prozess miteingebracht.

Auf eine Nachfrage von Abg. Andresen dazu, ob in dem Gutachten Potenziale festgelegt oder Empfehlungen für Standorte gegeben werden sollten, führt Minister Dr. Buchholz aus, dass Zielsetzung sei, zu eruieren, wie sich Warenströme, Güterverkehre und Logistikketen verändere, welche Herausforderungen damit für die Häfen insgesamt verbunden seien, welche Chancen aber auch bestünden, besonders auch für die kleineren Häfen. Es gehe darum, aus den großen Themen die Herausforderungen für die Häfen und die notwendigen Handlungsdirektiven abzuleiten. Es werde sich nicht um ein Ergebnis handeln, dass zu einzelnen

Hafenstandorten konkrete Empfehlungen abgegeben würden. Die Entscheidung, was mit dem Ostufer in Flensburg passieren werde, sei eine Entscheidung der Kommunalpolitik. Er selbst habe dazu aber eine dezidierte Meinung, die er auch vortrage. Aus seiner Sicht tue man gut daran, einmal als Hafen gewidmete Flächen auch als Hafenflächen zu nutzen und dabei auch zu versuchen, die Potenziale von zukünftigen Möglichkeiten ganz auszuschöpfen, bevor man eine Umwidmung entsprechender Flächen in Erwägung ziehe.

Von Abg. Raudies auf die Bedeutung der anderen Häfen angesprochen führt Minister Dr. Buchholz, dass der Wert der kleineren Häfen, auch wenn diese nur 5 % des Warenumschlags ausmachten, auch in touristischer Hinsicht und für Fischerei nicht zu unterschätzen sei. Der Hauptwarenumsschlag finde jedoch in den vier großen Häfen Schleswig-Holsteins statt. In diesem Zusammenhang müsse man auch die Frage der nautischen Erreichbarkeit kleinerer Häfen betrachten, da sich auch Warenströme ständig änderten.

## **Kapitel 06 12 - Wirtschaft**

Abg. Andresen interessiert sich für die Innovationsförderung für schleswig-holsteinische Werften (Umdruck 19/1366, S. 22). In der Antwort werde auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse hingewiesen, die eine öffentliche Beantwortung der Frage nicht zuließen. Er möchte wissen, ob es möglich sei, dem Parlament über vertrauliche Umdrucke mehr Informationen zukommen zu lassen, was Staatssekretär Dr. Rohlf's zusagt.

Zum LNG-Terminal in Brunsbüttel und Verträge mit Dritten (Umdruck 19/1366, S. 21) möchte Abg. Schnurrbusch wissen, ob bereits eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliege. - Staatssekretär Dr. Rohlf's legt dar, dass es ein klares politisches Bekenntnis seitens des Landes zum LNG-Terminal gebe. Es gebe auch Aussagen zur Wirtschaftlichkeitslücke, die vonseiten des Konsortiums kommuniziert würden. Wie hoch die Lücke tatsächlich sei, sei am Ende auch entscheidend für die Frage des Förderbedarfes und der Förderfähigkeit und werde daher im Rahmen eines noch zu erstellenden Gutachtens im laufenden Verfahren zu klären sein.

Zu Haushaltstitel 682 01 - An die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH - (S. 25 im Einzelplan) möchte Abg. Nobis wissen, ob es eine Evaluierung gebe, inwieweit in den letzten Jahren die in den Erläuterungen dargestellte Akquisition von Ansiedlungen neuer Industrie- und Gewerbebetriebe geglückt sei.

Minister Dr. Buchholz weist auf die jährlich dazu durchgeführte Pressekonferenz hin, bei der auch die Förderbanken gemeinsam mit der WTSH darüber berichteten, wie erfolgreich bestimmte Ansiedlungsmaßnahmen gewesen seien. In diesem Rahmen werde Rechenschaft über den Erfolg der Arbeit der WTSH abgelegt.

### **Kapitel 06 13 - Technologie, Tourismus und Verbraucherschutz**

Auf eine Frage von Abg. Poersch zu den Ausgaben zum Tourismus (Umdruck 19/1366, S. 58) und die Titel zur Förderung der Nordsee Tourismus Service GmbH bzw. der Ostsee-Holstein-Tourismus e.V. erläutert Staatssekretär Dr. Rohlf, dass die Nordsee Tourismus Service GmbH aus Titel 686 61 gefördert werde, bei dem es sich um einen sogenannten Sammeltitel handele, aus dem auch Barrierefreiheit gefördert werden solle. Der Ostsee-Holstein-Tourismus e.V. werde aus Titel 685 61 gefördert. Die Förderung und Fördersystematik hänge mit dem jeweiligen Empfänger zusammen.

Auf eine Nachfrage von Abg. Metzner zur Landesinitiative Zukunft Meer und deren Aufgaben (S. 32 im Einzelplan 06) verweist Staatssekretär Dr. Rohlf auf die Ausführungen im Haushalt, wo dargestellt sei, dass die Projektförderung innovations- und technologieorientierter Projekte aus dem Bereich Maritime Wirtschaft und Wissenschaft aus anderen Maßnahmengruppen finanziert werde beziehungsweise im Rahmen der EU-Förderprogramme. Bei der Landesinitiative „Zukunft Meer“ gehe es darum, eine einheitliche Klammer für alle Meeresaktivitäten der Landesregierung zu bilden. Man führe regelmäßig Gespräche mit dem maritimen Koordinator der Landesregierung, Herrn Professor Herzig, und habe eine entsprechende Steuerungsgruppe eingerichtet. Die einzelnen Aktivitäten fänden sich in den jeweiligen Maßnahmengruppen in den Ressorts wieder. - Abg. Metzner bittet darum, dass die unterschiedlichen Punkte zusammengetragen würden und die Haushaltstitel aufgelistet würden, wo die entsprechende Förderung statfinde, was Staatssekretär Dr. Rohlf für das Wirtschaftsministerium zusagt.

Auf eine Frage von Abg. Schnurrbusch zu Aufträgen an Dritte im Zusammenhang mit Start-up-Camps (Umdruck 19/1366, S. 52) legt Staatssekretär Dr. Rohlf dar, dass in der Antwort die Schwerpunkte aufgezählt seien. Es gebe die Überlegung, in Schleswig-Holstein gegebenenfalls noch ein zweites Sommercamp durchzuführen. Auch das Waterkant-Festival in Kiel solle daraus gefördert werden. Eine gewisse Flexibilität solle durch den etwas höheren Haushaltsansatz erhalten bleiben. Auf eine weitere Nachfrage bestätigt Staatssekretär



Dr. Rohlf, dass das Ministerium durchaus beabsichtige, ein weiteres Start-up-Camp durchzuführen.

## **Kapitel 06 14 - Verkehrswesen**

Im Zusammenhang mit Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung innovativer Fahrradinfrastruktur (Umdruck 19/1366, S. 64), bei dem für den Haushaltsentwurf 2019 der Ansatz auf null gefahren sei, interessiert Abg. Vogel, inwiefern eine Finanzierung, wie in der Antwort ausgewiesen, aus den Maßnahmengruppen 02 und 03 gedeckt werden könne. - Staatssekretär Dr. Rohlf legt dar, dass man es für entbehrlich gehalten habe, den Titel auszuweisen, weil über die Regionalisierungs- beziehungsweise GVFG-Mittel laufend Bike-and-ride-Maßnahmen gefördert würden. Er nennt dazu einige Beispiele. Bei Bahnhofsneugestaltungen werde grundsätzlich eine Bike-and-ride-Anlage vorgesehen, die entweder aus Regionalisierungsmitteln oder aus GVFG-Mitteln finanziert werde.

Abg. Metzner interessiert sich für Zuweisungen für bedeutsame Investitionen im Bereich Seehäfen (Umdruck 19/1366, S. 105). Sie möchte wissen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit sei, dass die Mittel in diesem Jahr abfließen würden, zumal dies schon für das letzte Jahr angekündigt worden sei. - Minister Dr. Buchholz führt dazu aus, dass sich der Vorgang zurzeit noch in einer beihilferechtlichen Prüfung der Investitionsbank befinde. Die Landesregierung sei daran interessiert, dass noch in diesem Jahr es zu einem Mittelabfluss komme. Wichtig sei jedoch die sorgsame Prüfung beihilferechtlicher Fragen.

Abg. Vogel spricht Maßnahmen des Regionalisierungsmitteln (Umdruck 19/1366, S. 65), und speziell Mittel für den Bau des dritten Gleises zwischen Hamburg und Elmshorn beziehungsweise das vierte Gleis im Bahnhof Elmshorn an. Ihn interessiert, in welcher Höhe Planungskosten für welche Maßnahmen vorgesehen seien. - Staatssekretär Dr. Rohlf verweist auf Planungskosten in Titel 891 07 (MG 02) und nimmt Bezug auf S. 91 sowie auf S. 78 des Fragenkatalogs, wo es um Mittel an den Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH (NAH.SH) gehe. Die NAH.SH habe von der Landesregierung den Auftrag erhalten, insgesamt mit einem Mittelvolumen von 10 Millionen € aus Regionalisierungsmitteln in den nächsten Jahren die Beschleunigung der Planung im Bereich Schiene voranzutreiben. Die NAH.SH sei beauftragt worden, in die Vorplanung einzutreten, was sowohl den zweigleisigen Ausbau der Strecke Niebüll-Klanxbüll, aber auch die Maßnahmen in Elmshorn betreffe. Ein projektbezogener Personalaufwuchs bei der NAH.SH für die Vorplanungen sei vorgesehen.

Diese sollten über entsprechende Mittel verfügen, um gegebenenfalls auch Gutachten nach externe Dienstleister zu vergeben.

Auf eine Nachfrage von Abg. Vogel weist Staatssekretär Dr. Rohlf s auf die Flexibilität von Regionalisierungsmitteln hin, die dort eingesetzt werden könnten, wo sie gebraucht würden. Zum HVV sei noch kein Betrag festgelegt, im Rahmen der Umsetzung der Regionalisierungsmittel könne aber ein Betrag eingestellt werden.

Von Abg. Vogel auf den Bahnhof Lübeck-Moisling angesprochen, legt Staatssekretär Dr. Rohlf s dar, dass diese Antwort nachgereicht werde. - Minister Dr. Buchholz weist auf eine Veranstaltung in Lübeck-Moisling hin.

Abg. Raudies interessiert sich für Maßnahmen aus Zuweisung des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) (S. 51 Einzelplan) und dafür, wie nach Wegfall der GVFG-Mittel weiter vorgegangen werden solle. - Staatssekretär Dr. Rohlf s weist auf die zweite Kabinettsbefassung zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz hin, die am Vortag stattgefunden habe. Im Frühjahr werde voraussichtlich eine Anhörung im Verkehrsausschuss dazu stattfinden. Man gehe davon aus, das GVFG im Frühjahr in Kraft setzen zu können, was auch für die Planungssicherheit der Kommunen wichtig sei. Zu den Eckpunkten legt er dar, dass es jährlich 43,25 Millionen € - dynamisiert um 2 % - geben werde. Eine Umschichtung dergestalt werde stattfinden, dass künftig für den kommunalen Straßenbau 65 % der Mittel zur Verfügung stehen würden und 35 % für den ÖPNV. Auf Bitten von Abg. Raudies sagt Staatssekretär Dr. Rohlf s zu, dem Landtag eine Übersicht über die Anträge zur Verfügung zu stellen (Umdruck 19/1366, S. 102). Staatssekretär Dr. Rohlf s ergänzt, dass zukünftig auch Neu- und Ausbaumaßnahmen aus dem GVFG gefördert werden könnten, was bisher nicht der Fall gewesen sei.

Zum HVV legt Abg. Herdejürgen dar, dass sie den Ausführungen der Landesregierung entnommen habe, dass diese davon ausgehe, dass der Schienenanteil des Beitrags des Kreises Steinburg aus den Regionalisierungsmitteln finanziert werde, dass der übrige Anteil ÖPNV durch den Kreis finanziert werde und es zu einer kombinierten Lösung aus Schiene und ÖPNV kommen müsse, damit das Ganze realisiert werden könne.

Staatssekretär Dr. Rohlf s verweist auf die Formulierung im Koalitionsvertrag, in dem niedergelegt sei, dass die Landesregierung den Kreis beim Anliegen eines HVV-Beitritts unterstüt-

zen wolle. Man werde sich schrittweise um den Schienenverkehr und dann um ÖPNV- und Busverkehre kümmern.

Auf eine Frage der Abg. Herdejürgen zum Zeitablauf legt Minister Dr. Buchholz dar, dass der Beitritt zum HVV für den Kreis nur gesamthaft funktionieren könne. Ob es die Möglichkeit einer zeitlichen Staffelung gebe, um für den Schienenbereich frühzeitiger in die Umsetzung zu kommen, werde zurzeit geprüft. Das werde auch in den Verhandlungen mit dem HVV eine Rolle spielen. Der Zweckverband habe mittlerweile aber auch den Entschluss gefasst, auch den Rest des öffentlichen Personennahverkehrs in den HVV zu überführen.

Zu ÖPNV-Vorhaben und ÖPNV-Untersuchungen von landespolitischer Bedeutung (Umdruck 19/1366, S. 70) interessiert Abg. Schnurrbusch, wo die Potenzialuntersuchungen, die in der Antwort erwähnt seien, aufgehängt seien. - Staatssekretär Dr. Rohlf's legt dar, dass die Aufhängung im Wesentlichen bei der NAH.SH sei. Er weist auf den hohen Aufwand hin, der mit dem XMU-Ausschreibungsverfahren verbunden sei, und wo auch erhebliche Gutachterkosten anfielen. Kurz erläutert er die haushaltstechnischen Zusammenhänge hinter den schwankenden Ansätzen, die darauf zurückzuführen seien, dass zuvor Mittel in anderen Titeln veranschlagt gewesen seien. Der für 2019 gewählte Ansatz von 2,5 Millionen € sei vor dem Hintergrund der umfangreichen und komplizierten Begutachtung gerechtfertigt.

Zum gleichen Titel interessiert Abg. Vogel, ob schon konkrete Maßnahmen geplant seien, die zu dem Mittelansatz geführt hätten. - Staatssekretär Dr. Rohlf's legt dar, dass es sich um eine Mischkalkulation handele, da es jährlich wiederkehrende und spezielle große Projekte wie XMU gebe, die besonders zu Buche schlugen. Es handele sich um einen konservativen Anschlag, der aber auch so geplant sei, dass man damit auf aktuelle Entwicklungen reagieren könne.

Zu S. 103 in Umdruck 19/1366 interessiert Abg. Vogel zu nicht aufteilbaren sächlichen Verwaltungsausgaben, für welche Aufwendungen ein Titelansatz von 120.000 € erfolge. - Staatssekretär Dr. Rohlf's legt dar, dass der Titel sich nur auf das Dialogforum Fehmarnbelt-Querung und auf diesbezügliche Beraterleistungen beziehe. Im abgelaufenen Haushaltsjahr seien beispielsweise die Kommunen beim Thema Schienenhinterlandanbindung und deren Änderungskatalog unterstützt worden. Ein entsprechender Bedarf, der bereits 2017 erreicht worden sei, sei auch für das kommende Jahr zu erwarten.

Auf eine Nachfrage von Abg. Metzner zu Ausgaben im Zusammenhang mit der Kommunalisierung beziehungsweise Einziehung von landeseigenen Häfen (Umdruck 19/1366, S. 107) verweist Staatssekretär Rohlf auf, dass die Landesregierung zurzeit gemeinsam mit der Gemeinde Friedrichskoog einen Letter of Intent formuliere, in dem die Maßnahmen definiert werden sollten. Er gehe davon aus, dass dieser bis Ende des Jahres vorliege.

### **Kapitel 06 16 - Arbeit und Qualifizierung**

Abg. Baasch interessiert sich für den Titel „An Sonstige für Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration“ und speziell für das Projekt Hayati (S. 131, Umdruck 19/1366). Er möchte wissen, ob bereits ein Prozess festgelegt sei, wie die landesweite Ausweitung vonstattengehen solle und in welcher Form die Zusammenarbeit mit den Jobcentern und Arbeitsagenturen funktioniere. - Staatssekretär Dr. Rohlf legt dar, dass er das Projekt Hayati selbst besucht habe. Alle Personen, die die Maßnahme in dem Projekt Hayati begonnen hätten, hätten diese auch beendet. Ein Erfolgsgrund für das Projekt sei auch die damit einhergehende Kinderbetreuung gewesen. Um über konkrete Erfolge des Projekts zu berichten, sei wegen dessen vorbereitenden Charakters es noch zu früh. Das Pilotprojekt sei bereits mit dem Jobcenter gemeinsam initiiert worden. Das Jobcenter werde sich an der Maßnahme zukünftig auch finanziell beteiligen, auch an der flächendeckenden Umsetzung. Das Ausschreibungsverfahren werde auf Grundlage der gemeinsam erlassenen Richtlinie anlaufen.

Auf eine Nachfrage des Abg. Baasch zum Mittelabfluss legt Staatssekretär Dr. Rohlf dar, dass besonders bei Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen sehr dynamische Entwicklungen stattfänden. Das liege auch daran, dass das Land Förderlücken auszugleichen bemüht sei, die durch Bundesförderung entstünden. Auch das Projekt Hayati sei aus dem laufenden Haushalt finanziert worden. Insgesamt sei eine gewisse Flexibilität erforderlich, was die Kosten angehe.

Im Zusammenhang mit Jugendberufsagenturen (Umdruck 19/1366, S. 138), interessiert Abg. Baasch, wie hoch die Anschubfinanzierungen seien, die pro Jugendberufsagentur aufgewendet würden beziehungsweise wie lang diese Anschubfinanzierung pro Jugendberufsagentur laufen sollten. Er möchte wissen, was die Landesregierung unternehme, um die Kreise, die noch keine Jugendberufsagentur betrieben, dazu motiviert würden. - Staatssekretär Dr. Rohlf verweist auf die Bemühungen der Landesregierung, in Gesprächen mit einzelnen Landräten die Kreise entsprechend zu überzeugen. Teilweise gebe es in einigen Krei-

sen, zum Beispiel in Rendsburg-Eckernförde, den Jugendberufsagenturen vergleichbare Einrichtungen. Mit Ostholstein und Rendsburg-Eckernförde sei man im Gespräch und hoffe, etwas einrichten zu können. Man erhoffe sich aus den Ergebnissen der jetzt anstehenden Evaluierung noch einen weiteren Schub für das Konzept der Jugendberufsagenturen. Zur Dauer der Anschubfinanzierung sagt Staatssekretär Dr. Rohlf s zu, die Antwort schriftlich nachzureichen.

Zur Förderung von Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein (Umdruck 19/1366, S. 121) legt Abg. Raudies dar, dass die Steigerung der Ausgaben unter anderem auf eine Projekterweiterung beim AIM zurückzuführen sei. Dazu habe es auch eine Pressemitteilung der Landesregierung gegeben, nämlich dass das AIM um den Bereich des Öffentlichen Dienstes erweitert werden solle. Sie interessiert, auf welche Bereiche des Öffentlichen Dienstes sich dies beziehe. - Staatssekretär Dr. Rohlf s legt dar, dass es sich grundsätzlich auf sämtliche Bereiche des Öffentlichen Dienstes beziehe, also sowohl auf die Landesebene als auch auf die kommunale Ebene. Es gehe darum, die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst zu verstärken. Das Erfolgsmodell von AIM basiere auch darauf, aufsuchend zu beraten und auch in Familien, in denen niemand im Öffentlichen Dienst beschäftigt sei, für diesen Werbung zu machen.

Abg. Raudies verweist auf den Beschluss des Landtags aus dem Jahr 2013 zur Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst. Auf eine Nachfrage von Abg. Raudies legt Staatssekretär Dr. Rohlf s dar, dass das Arbeitsministerium nur für einen Teilbereich der Beschäftigten des Landes verantwortlich sei. Ziel von AIM sei es, bei Menschen mit Migrationshintergrund auch das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es im Öffentlichen Dienst gute Chancen in spannenden Berufen gebe. Er weist darauf hin, dass es sich zunächst um ein Pilotprojekt handele.

Abg. Raudies thematisiert die von Staatssekretär Dr. Rohlf s angesprochene Stelle, die zunächst dafür vorgesehen sei. Sie stellt die Frage in den Raum, wie diese mit mehreren Standorten zu vereinbaren sei und was bei der Zielgruppe damit noch ankommen werde. Sie interessiert darüber hinaus, inwieweit dies mit dem Integrationsministerium abgestimmt sei.

Staatssekretär Dr. Rohlf s legt dar, dass vorgesehen sei, einzelne Workshops durchzuführen, beispielsweise mit bis zu 50 Teilnehmern. Die Staatskanzlei sei für die Landesregierung für

die Koordinierung und für Fachkräfte zuständig, und diese sei auch bei der Koordinierung eng eingebunden. Pilotprojekte würden durchgeführt, um zu eruieren, ob es sich auf kleiner Ebene bewähre. Durchaus denkbar sei, im kommenden Jahr über eine landesweite Umsetzung eines Projektes zu beraten.

(Unterbrechung von 12:15 bis 14:03 Uhr)

### **Einzelplan 13, Kapitel 12 13 und 16 13**

#### **Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung**

[Umdruck 19/1367](#)

Der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Herr Albrecht, führt in den Einzelplan 13 ein (Anlage 4).

#### **Kapitel 13 13 - Naturschutz**

Abg. Redmann erkundigt sich nach der Biodiversitätsstrategie der Landesregierung. - Frau Erdmann, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, legt dar, sie hoffe, bis zur Aufstellung des nächsten Haushaltsplans konkreter werden zu können. Das hänge auch von den dazu zu führenden inhaltlichen Diskussionen ab.

#### **Kapitel 13 14 - Forstwirtschaft, Jagd**

Auf Fragen der Abg. Redmann zu Titel 099 04 - Einnahmen aus der Jagdabgabe - legt Herr Elscher dar, das Ist 2018 könne derzeit nicht benannt werden, da die Bewilligungen noch nicht abgeschlossen seien. Die unterschiedlichen Veranschlagungen lägen darin begründet, dass die Jagdabgabe in einem dreijährigen Zyklus gezahlt werde.

Herr Elscher, Leiter der Abteilung Naturschutz, Forstwirtschaft und ländliche Räume im MELUND, sagt auf Bitte der Abg. Redmann zu, zu Titel 537 70 - Forschungsvorhaben - die einzelnen Projekte schriftlich aufzulisten und zur Verfügung zu stellen.

## **Kapitel 13 18 - Energie, Klimaschutz, Nachhaltige Entwicklung**

Auf eine Frage der Abg. Metzner zu Titel 533 01 - Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit - legt Staatssekretärin Erdmann dar, die Aufstockung sei geplant vor dem Hintergrund, dass der Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung verstärkt werden solle.

Abg. Redmann erkundigt sich zu Titel 533 13 - Anwendungen zur Begutachtung von Fragen im Zusammenhang mit einer Landesregulierungsbehörde - nach dem derzeitigen Stand. Herr Grützner, Leiter der Abteilung Energie, Klima- und Ressourcenschutz im MELUND, legt dar, der Ansatz sei überrollt worden. Im Übrigen verweist sie auf die derzeit im Landtag stattfindenden Beratungen dazu.

Abg. Redmann fragt, wo im Haushalt sich Maßnahmen im Zusammenhang mit Klimaschutz wiederfinden. Minister Albrecht legt dar, unabhängig vom Haushalt werde derzeit im Ministerium eine Klimaschutzstrategie 2040 erarbeitet. - Klimaschutzmaßnahmen - so die weitere Auskunft aus dem Ministerium - würden auch in anderen Ressorts veranschlagt. Die Maßnahmen sollten Anfang nächsten Jahres im Energiewendebeirat vorgestellt werden, in dem die Fraktionen des Landtags vertreten seien. - Staatssekretärin Erdmann sagt zu, sich Gedanken darüber zu machen, wie vereinfacht dargestellt werden könne, welche Maßnahmen im Haushalt - nicht nur im Einzelplan 13 - dem Bereich Energiewende dienen.

## **Kapitel 13 19 - Verbraucherschutz**

Abg. Eickhoff-Weber erkundigt sich zur Titelgruppe 61 - Qualitäts- und Absatzförderung für die Land- und Ernährungswirtschaft - nach einer Strategie der Landesregierung. - Staatssekretärin Erdmann erläutert, die derzeitige Form der Förderung von Einzelmaßnahmen erziele eine bessere Input-Output-Relation als gegebenenfalls eine komplette neue Dachmarke. Eine landesweite Strategie werde von Landesseite wohl nicht auf den Weg gebracht werden können, da der Markt zu differenziert sei.

Abg. Eickhoff-Weber hält einen Rückzug von dem Ziel, eine landesweite Strategie zu entwickeln, für nicht zufriedenstellend. Sie appelliert vor dem Hintergrund der bisherigen erfolgreichen Maßnahmen dafür, den Mitteleinsatz nicht zu kürzen. - Staatssekretärin Erdmann wie-

derholt die Auffassung der Landesregierung, mit einer Strategie „One fits all“ werde man nicht erfolgreich sein. Im Übrigen halte sie den Mittelansatz für 2019 für auskömmlich.

Abg. Raudies wendet sich dem Thema Tierheime zu und legt dar, auffallend sei, dass die Mittelansätze nicht annähernd ausgeschöpft würden. - Staatssekretärin Erdmann antwortet, die Erstellung der Förderrichtlinie habe einige Zeit in Anspruch genommen. Antragsfrist sei der 30. September 2018 gewesen. Herr Börner, Leiter der Abteilung Landwirtschaft, Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Fischerei im MELUND, ergänzt, insgesamt lägen 21 Anträge mit einem Antragsvolumen von rund 360.000 € vor. Da die Antragsteller in der Regel noch nicht sehr viele Erfahrungen mit Antragsverfahren hätten, müsse an einigen Stellen noch nachgearbeitet werden. Deshalb handele es sich bei dem von ihm genannten Betrag um einen Bruttobetrag. In etwa entsprächen die beantragten Mittel den Summen für Zuschüsse für investive Maßnahmen - Titel 892 01 - und für Zuwendungen für den Betrieb von Tierheimen - Titel 684 01.

Staatssekretärin Erdmann sagt zu, dem Ausschuss zu gegebener Zeit eine Auflistung über den Mittelabfluss und - so die Anregung der stellvertretenden Vorsitzenden - über Hinderungsgründe des Mittelabflusses zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage der Abg. Raudies zu Titel 412 01 - Ehrenamtlicher Tierschutzbeauftragte - antwortet Staatssekretärin Erdmann, hier gebe es noch keinen neuen Stand.

### **Kapitel 13 20 - Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**

Auf Bitte der Abg. Metzner sagt Staatssekretärin Erdmann zu, den Ausschüssen zur MG 08 - Küstenschutz - die GAK-Finanzierungsstruktur im Zusammenhang mit ELER schriftlich darzulegen.

### **Kapitel 16 13 - Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung**

Abg. Poersch bezieht sich auf Zeitungsmeldungen hinsichtlich eines Umzugs des Naturparks Holsteinische Schweiz von Plön nach Eutin und erbittet dazu eine Kostenschätzung.



Staatssekretärin Erdmann erwidert, ein derartiger Umzug sei bisher im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt.

Abg. Fritzen erläutert, die Koalitionsfraktionen hätten ein Sofortprogramm, das über IMPULS-Mittel abgewickelt werden solle, beschlossen. Dieses solle mit der Nachschiebeliste in die Haushaltsberatungen eingebracht werden. Die hier in Rede stehende Maßnahme, deren Hintergrund sie kurz erläutert, werde in Kapitel 13 13 veranschlagt.

### **Einzelplan 14 und Kapitel 16 14**

#### **Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung**

[Umdruck 19/1368](#)

Minister Albrecht führt in den Einzelplan 14 ein (Anlage 5).

Abg. Dunkel bezieht sich auf eine Kleine Anfrage zur Budgetierung der IT-Maßnahmen und vertritt die Ansicht, das vorliegende Zahlenwerk sei nicht transparent.

Minister Albrecht erläutert, das Gesamtbudget setze sich aus den Ausgaben aus Einzelplan 14 und Kapitel 16 14 zusammen.

Herr Thomsen, Leiter der Abteilung Digitalisierung und Zentrales IT-Management der Landesregierung, legt dar, derzeit gebe es 230 aktive Maßnahmen, 280 Maßnahmen, rechne man die Maßnahmen mit, die aus den Vorjahren noch gegebenenfalls fortgeführt würden, und über 300 Maßnahmen, nehme man die geplanten Maßnahmen hinzu.

Herr Wollesen, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, kritisiert, dass der IT-Gesamtplan - trotz Zusage in der Vergangenheit - nicht zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen vorliege. - Staatssekretärin Erdmann führt aus, dass mit dem IT-Gesamtplan auch Aktualität gewährleistet werden solle. Das sei zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes nicht der Fall. Geplant sei, den IT-Gesamtplan gemeinsam mit der Nachschiebeliste vorzulegen.

Abg. Raudies hält es für erforderlich, sich für die Zukunft auf ein Verfahren zu verständigen, das es Abgeordneten ermögliche, den Bereich nachzuvollziehen. - Herr Thomsen bietet an, zusätzlich zu der Liste der bekannten Maßnahmen die zu einem bestimmten Stichtag ange-

meldeten Anforderungen aufzulisten. Diese würden bis zur Nachschiebeliste auf den Haushaltsansatz reduziert.

Der stellvertretende Vorsitzende hält es für wichtig, dass aus der Darstellung die Entwicklung im IT-Bereich abzulesen ist.

### **Kapitel 14 02 - Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)**

Eine Frage der Abg. Raudies zu 533 56 - Ausgaben aufgrund von Werkverträgen ohne andere Vertragsformen -, insbesondere zum Scannen von Steuererklärungen, legt Herr Thomsen dar, die Ausgaben seien analog zur Digitalisierung der Personalakte im Einzelplan 14 aufgeführt.

Herr Wollesen hält es für sinnvoll, an zentraler Stelle im Einzelplan 14 sämtliche Digitalisierungsmittel darzustellen.

Der stellvertretende Vorsitzende hält eine Übersicht derartiger Maßnahmen in Form einer Liste für sinnvoll, nicht aber eine zentrale Veranschlagung. Vor diesem Hintergrund spreche er sich für eine Diskussion darüber im Finanzausschuss aus.

Herr Wollesen verweist auf die Bemerkungen 2018 und schließt sich dem Vorschlag an, darüber im Finanzausschuss zu diskutieren.

Herr Wollesen macht darauf aufmerksam, dass sowohl im Einzelplan 01 als auch im Einzelplan 14 02 Unterstützungsmaßnahmen für die E-Akte im Bereich der Landtagsverwaltung veranschlagt seien, und erkundigt sich nach dem Grund dafür. - Herr Thomsen sagt zu, die Antwort auf diese Frage schriftlich nachzureichen.

### **Kapitel 14 04 - Digitalisierung (Administrative Ausgaben)**

Auf eine Nachfrage des Abg. Nobis zu Titel 681 02 - Digitalisierungspreis „Best of Digital.sh“ legt Herr Thomsen dar, dass der Ansatz aufgrund der Erfahrungen des Digitalisierungsprei-

ses künftig angepasst werden werde. Bei diesem Titelansatz sei Vorsorge für den Fall getroffen worden, dass durch das Kabinett weitere Preiskategorien festgelegt würden.

### **Kapitel 16 14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung**

Herr Wollesen gibt der Verwunderung des Landesrechnungshofs Ausdruck, dass die Mittel überwiegend im investiven Teil veranschlagt seien vor dem Hintergrund, dass insbesondere bei IT-Leistungen ein Großteil der Ausgaben Dienstleistung, Softwareanpassungen und dergleichen sei. Er sehe daher nicht die Möglichkeit, dass die veranschlagte Mittel ausgegeben werden könnten.

Herr Thomsen legt dar, dass in Kapitel 16 14 für 2019 primär investive Maßnahmen wie beispielsweise das Ausrollen von Glasfaserkabeln veranschlagt seien. Nach einer internen Kalkulation entstünden für jede Investition etwa 20 % Betriebsaufwand. Dieser werde in den Folgejahren in Kapitel 14 berücksichtigt.

## **2. Verschiedenes**

Die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung will am 15. November 2018 über den Votientwurf des stellvertretenden Vorsitzenden zu den diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs beraten.

Der stellvertretende Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Petersdotter, schließt die Sitzung um 15:25 Uhr.

gez. Lasse Petersdotter  
Stellvertretender Vorsitzender  
des Finanzausschusses

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer  
des Finanzausschusses